

**Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V.  
und Bündnis saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk**

**c. o. Prof. Dr. Karl Richter, Preußenstr. 11, 66386 St. Ingbert  
T. 06894/87469; Fax 06894/889946; E-Mail: karl-richter@gmx.net**

St. Ingbert, 5. Dezember 2008

**An die Fraktionsvorsitzenden der im Landtag des Saarlandes vertretenen Parteien**

Herrn MdL Jürgen Schreier, CDU  
Herrn MdL Heiko Maas, SPD  
Herrn MdL Hubert Ulrich, Bündnis 90 / Die Grünen  
Herrn MdL Dr. Christoph Hartmann, FDP

Landtag des Saarlandes  
Franz-Josef-Röder-Str. 7  
66119 S a a r b r ü c k e n

**Nachrichtlich an:**

Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller  
Herrn Minister für Inneres und Sport Klaus Meiser  
Herrn Minister für Wirtschaft und Wissenschaft Joachim Rippel  
Herrn Minister für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Prof. Dr. Gerhard Vigener  
Frau Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur Annegret Kramp-Karrenbauer  
Herrn Minister für Umwelt Stefan Mörsdorf  
Repräsentanten einiger nicht im Landtag vertretenen Parteien, soweit wir in Gesundheits-  
und Umweltfragen Kontakt zu ihnen haben  
BUND Deutschland sowie BUND Saar

**Betr.: Anhörung zum Thema ‚Mobil- und Kommunikationsfunk‘**

**Sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende!**

Als Sprecher/in des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk,  
als Vorsitzender der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie  
e. V., als Mitglieder des Beirats dieser Initiative wenden sich die unten Genannten hiermit an  
Sie und die Fraktionen Ihrer Parteien mit der Bitte, eine Anhörung zum Thema ‚Mobil- und  
Kommunikationsfunk‘ im Landtag des Saarlandes zu ermöglichen.

**Begründung und nähere Erläuterung des Antrags:**

***Erkenntnisse der Forschung***

Allgemeiner Anlass der Bitte ist die Belastung von Mensch und Umwelt durch einen  
beispiellosen Boom hochfrequenter elektromagnetischer Felder. Was zu seinen Wirkungen  
in industrienahen, aber auch in amtlichen und halbamtlichen Verlautbarungen verbreitet wird,  
entspricht nicht dem Stand internationaler Erkenntnis. Im Jahr 2007 hat der *BioInitiative  
Report* den Widerspruch zwischen der betriebenen Politik und dem Stand  
biowissenschaftlicher Erkenntnis eindrucksvoll aufgezeigt (vgl. [www.bioinitiative.org](http://www.bioinitiative.org)). Im  
Oktober 2008 hat es der BUND in seiner Standortbestimmung *Für zukunftsfähige  
Funktechnologien. Begründungen und Forderungen zur Begrenzung der Gefahren und  
Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Felder* getan. Die Schrift zeigt die enorme  
Gefahr für Gesundheit, Umwelt und Zukunft, wenn die Verantwortlichen weitermachen wie  
bisher, verweist aber auch auf die positiven wirtschaftlichen Impulse, die von einer  
Neuorientierung ausgehen könnten.

Die Notwendigkeit eines Umdenkens wird auch von der Schriftenreihe *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks* der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e. V. bestätigt (vgl. [www.kompetenzinitiative.net](http://www.kompetenzinitiative.net) und [www.broschuere-reihe.net](http://www.broschuere-reihe.net)). Eine große interdisziplinäre und internationale Gemeinschaft von Wissenschaftlern und Ärzten dokumentiert darin jenen Stand internationaler Erkenntnis, der von den Mobilfunkverantwortlichen aller Gruppierungen überwiegend ignoriert, verdrängt oder geleugnet wird. In der ersten dieser Broschüren, *Bienen, Vögel und Menschen. Die Zerstörung der Natur durch ‚Elektrosmog‘* (2007), zeigt Dr. rer. nat. Ulrich Warnke, Biowissenschaftler und Bürger dieses Landes, wie weit die Organisation des Lebens auf die vorgegebenen natürlichen magnetischen und elektromagnetischen Felder angewiesen ist. Er macht von da aus aber auch das Zerstörerische von Eingriffen verständlich, die mit den geltenden Grenzwerten Überlagerungen durch eine milliardenfach größere Dichte technisch erzeugter elektromagnetischer Felder zulassen (vgl. S. 11). In der Broschüre *Die Gefährdung und Schädigung von Kindern durch Mobilfunkstrahlung. Ärztliche Beobachtung – wissenschaftliche Erkenntnis - gesellschaftliche Erfahrung* beschreiben Wissenschaftler und Ärzte, was über die besondere Gefährdung der Kinder bekannt ist – bis hinein in Wirkungsmechanismen, exemplarische Krankheitsbilder und drohende Langzeitfolgen. Sie verweisen zugleich auf die ganze Absurdität einer Situation, in der der Staat die Aufklärung von Kindern, Eltern, ja Umweltärzten und Kommunalpolitikern weitestgehend den Veranstaltungen einer für ihre Profitgier bekannten Mobilfunkindustrie überlässt. Muss er eine industrieunabhängige Aufklärung fürchten, weil er seit der Annahme riesiger Summen auch seinerseits ungewöhnlich tief in die geschäftlichen Interessen der Mobilfunkindustrie verstrickt ist?

In der dritten, soeben ausgedruckten Broschüre *Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? Stand der Forschung – Entwarnungen und Intrigen – Vorschlag zur Selbsthilfe* weisen führende Biomediziner und –wissenschaftler nach, wie weit die Entwarnungen im Namen des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms dem Stand weltweiter Erkenntnis widersprechen. Sie dokumentieren die ganze Breite der nicht berücksichtigten Forschungen und Forschungsansätze, die genetische Schädigungen und schwere chronische Erkrankungen wahrscheinlich machen. Sie zeigen, dass es dabei überwiegend um nicht-thermische biologische Wirkungen geht, für deren Umfang auch die Dauer der Exposition wichtig ist – was beides in den geltenden Grenzwerten außer Acht gelassen wird.

In ihrer Schrift *Späte Lehren aus frühen Warnungen: Das Vorsorgeprinzip 1896 – 2000* (2001; 2004 übers. vom Umweltbundesamt) analysiert die Europäische Umweltagentur die Geschichte eines hundertjährigen Versagens der Vorsorgepolitik und die unermesslichen Schäden an Menschenleben und volkswirtschaftlichen Werten, die daraus erwachsen sind. Zu den von der Umweltbehörde formulierten Lehren gehört, schon frühe Warnungen ernst zu nehmen. In der betriebenen Politik des Mobil- und Kommunikationsfunks geht es nicht mehr um frühe Warnungen. Es käme darauf an, gut gesicherte Erkenntnisse und sogar nachprüfbarere Wirkungsmechanismen der Schädigung zur Kenntnis zu nehmen, die schwerwiegende gesundheitliche und volkswirtschaftliche Schäden vorhersagbar machen. Wie sollen sich unabhängige Wissenschaftler und gut informierte Bürger von einer Politik vertreten fühlen, die jenen Teil der Kenntnis einfach ausblendet, nach dem sie immer mehr Menschen zu ihren Opfern macht?

### ***Erfahrungen mit der Landespolitik***

Der Aufbau zu einem ‚Musterland des Mobilfunks‘ und einem ‚Saarland unwired‘ – so zwei der bekanntesten politischen Etikettierungen – ist in seinen Grundlagen und bisherigen Etappen vor allem nach Vorschlägen von Prof. W. Langguth erfolgt, von denen sich die früheren Minister Dr. H. Georgi und J. Hecken leiten ließen. Geltende Grenzwerte und die Sicherung ihrer Einhaltung wurden dabei zum leitenden Prinzip auch des Verbraucherschutzes gemacht.

Als regierungsamtliche Aufklärung ließ Minister Josef Hecken in landesweit verteilten Broschüren (*Mobilfunk und Funkwellen: Informationen, Fakten, Antworten*, 1. Aufl. 2005) versichern, dass die Einhaltung der Grenzwerte in unserem Land geradezu vorbildlich gesichert sei und bislang nichts für eine ernst zu nehmende Gefahr spreche. „Technische Geräte sind offenbar wesentlich störanfälliger für Mikrowellen als der menschliche Organismus“, lautete der letzte Satz dieser Schrift. Und die Staatsanwälte des Ministers, der gleichzeitig Justizminister war, wiesen Anzeigen von Bürgern u. a. mit dem Vermerk ab, dass die geltenden Grenzwerte eine Schuldfähigkeit auch der Mobilfunkindustrie sogar ausschließen, wenn die gesundheitlichen Schäden *bewiesen* worden seien.

Die Betroffenen werden die Arroganz und Unmenschlichkeit so schnell nicht vergessen, mit denen eine bloße Verwaltungsverordnung, in der die Grenzwerte festgeschrieben sind, für die Abweisung ihrer Leiden genutzt wurde. Als 33 Bürger des Landes medizinische Sammelgutachten über Beobachtungen im Umfeld dreier Antennenstandorte vorlegten, wies Gesundheitsminister Hecken nach unseren Beobachtungen die Gesundheitsämter an, sich *nicht* um die in Frage stehenden Fälle zu kümmern. Der genannte Physiker und Messtechniker, der aus seinem Vertrauen in die Grenzwerte, aber auch seiner Distanz zum Stand der biowissenschaftlichen Forschung nie ein Hehl gemacht hat, übernahm auf seine Weise die medizinische Beurteilung und Entsorgung der gutachtlichen Befunde: Angesichts eingehaltener Grenzwerte – so seine Auskunft auch in öffentlichen Sendungen – könne es sich nur um Einbildungen und psychische Störungen handeln.

Alle oben genannten Schriften machen auf je andere Weise deutlich, dass Grenzwerte, die entscheidende Parameter der Wirkung nicht berücksichtigen, niemanden schützen. Eine Politik, die sich nur darauf verlasse, würde Bevölkerung, Umwelt und Zukunft des Landes nach dem internationalen Stand der Erkenntnis in ebenso unverantwortlicher wie bundesweit überdurchschnittlicher Weise gefährden und schädigen. In juristischer Hinsicht bietet der Status einer Verwaltungsverordnung auch keine Rechtfertigung, den Stand biowissenschaftlicher und medizinischer Erkenntnis und beunruhigende Beobachtungen im Umfeld von Antennenanlagen, auf die wir immer wieder hingewiesen haben, außer Acht zu lassen. Nicht nur die Industrie, sondern auch die politisch und wissenschaftlich Verantwortlichen sehen wir ansonsten entscheidend mitverantwortlich auch für Schäden, die bereits beobachtbar sind und nach dem Stand des hier dokumentierten Wissens deutlich weiter zunehmen werden.

### ***Möglichkeiten des Gesprächs und der Kooperation***

Aber wir wollen mit der gleichen Deutlichkeit auch feststellen, dass wir in Gesprächen mit Herrn Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Joachim Rippel einem veränderten Politikstil begegnet sind, der bei allen absehbaren Gegensätzen ein Mehr an Kooperation vorstellbar macht. Wir bitten den Gedankenaustausch nun mit einer Anhörung im Landtag fortsetzen zu dürfen, wie sie im Bayerischen Landesparlament immerhin bereits zweimal möglich war – dort auf Anregung der Bündnis90 / Grünen. Wir beantragen sie hier mit dem Votum zweier parteiübergreifend arbeitender Initiativen, die den Dialog zwischen gesprächsoffenen Politikern und kritischen Bürgern als unverzichtbares Erfordernis demokratischer Kultur begreifen.

Im Rahmen einer solchen Anhörung möchten wir in Kurzvorträgen gern Informationen zu folgenden Themen bieten:

1. Ziele der Kompetenzinitiative e. V. und des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk (Prof. Dr. phil. Karl Richter, St. Ingbert)
2. Der Stand biowissenschaftlicher und umweltmedizinischer Erkenntnis (Dr. rer. nat. Ulrich Warnke, Saarbrücken)
3. Projektvorschlag einer Zusammenführung messtechnischer und biowissenschaftlicher Erkenntnis (Prof. Dr. rer. nat. Klaus Goebbels, Saarbrücken).

Die Stimme der von den Wirkungen der Mobilfunkpolitik Betroffenen möchten wir indirekt so zu Gehör bringen, dass wir den Unterlagen auch jenes Hilfsersuchen beifügen, mit dem sich 33 Saarländer 2006 an die EU gewandt haben (in Ausgabe 2/2006 der Zeitschrift der Bürgerwelle e. V. publiziert).

Insgesamt würden wir mit der Veranstaltung gern beigetragen, das Land zu einem ‚Musterland des Mobilfunks‘ auch in jenem Sinne zu machen, der den grundgesetzlich garantierten Schutz von Mensch und Umwelt einschließt. Die Kompetenzinitiative e. V. hat sich gerade auch mit ihrer Schriftenreihe *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks* inzwischen ein weltweites Ansehen erworben. Auf Grund dieser Zustimmung und Nachfrage werden wir das von Ulrich Warnke verfasste erste Heft der Reihe demnächst vermutlich auch in englischer, französischer und spanischer Übersetzung anbieten können – kostenfrei per Internet. Übersetzungen weiterer Schriften sind in Arbeit. Wir wären dankbar, wenn diese Arbeit, an der Wissenschaftler unseres Landes maßgeblich beteiligt sind, auch vor Ort registriert werden dürfte.

Den genannten Adressaten legen wir die aufgeführten Schriften kostenfrei bei. Sollte von anderer Seite ein zusätzlicher Bedarf angemeldet werden, befriedigen wir ihn zu Sonderkonditionen. Aber wir weisen auch darauf hin, dass uns die unfreiwilligen Korrektive zu amtlich angebotener Aufklärung mit hohen Kosten belasten, die wir bislang nur mit Hilfe von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und eigener Opferbereitschaft aufbringen können, was zuweilen auch unser Unbehagen als Steuerzahler motiviert.

Über die Arbeit der internationalen und interdisziplinären Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie – inzwischen ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein - informieren das beigefügte Programmheft sowie die Internetadressen [www.kompetenzinitiative.net](http://www.kompetenzinitiative.net) und [www.broschuerenreihe.net](http://www.broschuerenreihe.net) . Die umgestaltete Internetseite des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk [www.buerger-machen-mobil.de](http://www.buerger-machen-mobil.de) ist wieder eröffnet, der weitere Aufbau aber noch im Gange.

Beide Initiativen, die hinter diesem Schreiben stehen, würden sich freuen, wenn ein ungewöhnliches Anliegen auf Seiten unserer Volksvertreter eine parteiübergreifende Zustimmung fände!

Mit freundlichen Grüßen!

Prof. Dr. Klaus Goebels, Beirat der Kompetenzinitiative (Saarbrücken)  
Judith Hemm, Sprecherin des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen MF (Homburg)  
Armin Scheid, Sprecher des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen MF (Eppelborn)  
Dr. Ulrich Warnke, Beirat der Kompetenzinitiative (Saarbrücken)  
sowie – als Unterzeichner im Namen aller Genannten -

(Prof. Dr. K. Richter, Erster Vorsitzender der Kompetenzinitiative e. V. und Sprecher des Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk)

#### Anlagen:

- drei Broschüren der Reihe *Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks* der Kompetenzinitiative e. V.
- Broschüre *Für zukunftsfähige Funktechnologien* des BUND
- Kopie des Berichts *Mobilfunkpolitik im Urteil ihrer Opfer*
- Programm der Kompetenzinitiative